Ernst-Otto Czempiel

Ein neues Konzept von Weltführung -
Zur Rolle der USA und der Sowjetunion in den neunziger Jahren

Prof. Dr. Ernst-Otto Czempiel, geb. 1927 in Berlin, Studium der Geschichte und der Politischen Wissenschaft, war von 1966 bis 1970 Professor für Internationale Politik und Außenpolitik an der Universität Marburg und lehrt seit 1970 an der Universität Frankfurt/M. Er ist Forschungsgruppenleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung.

Weil so häufig der Wunsch die Feder der Analyse führt, sollte man Vorsicht walten lassen bei der Feststellung, daß der Kalte Krieg 1988 zu Ende gegangen sei. Der Übergang von der Rüstungskontrolle zur Abrüstung im INF-Bereich, die Einleitung aussichtsreicher Abrüstungsverhandlungen bei den konventionellen Waffen, der Rückzug der Sowjetunion aus ihren Positionen in der Dritten Welt und die Einleitung tiefgreifender Reformen in diesem Land durch den Partei- und Staatschef Gorbatschow - diese Ereignisse lassen sich in der Tat bequem zu einem „historischen" Einschnitt addieren. Hält die sich darin ausdrückende Tendenz der Ereignisse an, dann wird die Welt am Ende dieses Jahrtausend radikal anders aussehen als noch vor wenigen Jahren.

Diese Tendenz kann aber auch abrupt unterbrochen werden, wie der Aufstand in China und seine blutige Unterdrückung eindrucksvoll demonstrieren. Ebenso könnte Gorbatschows Revolution von oben am Widerstand konservativer Bürokraten ein abruptes Ende finden, mit unvorhersehbaren Folgen für die sowjetische Außenpolitik und damit auch für die Weltpolitik. Da in der Politik allzu häufig die Logik der Interessen und nicht die der Sachen den Ton angibt, muß man sich mindestens prinzipiell darauf einstellen, daß überall und jederzeit irrationale, dem Machtinteresse und nicht dem Fortschritt dienende Entscheidungen getroffen werden. Politik ist die Kunst des Möglichen, so sagt man, sie setzt aber auch das Unmögliche mit brutaler Gewalt durch. Deng Xiaoping hat es bewiesen.

Zur Lage der Super- und Großmächte

Der an der Neige der achtziger Jahre zu verzeichnende Weltzustand weist drastische Neuerungen auf. Die beiden Supermächte sind erschöpft, erleiden den „Imperial Overstretch", den Paul Kennedy ihnen attestiert hat.[1] Im Fall der Sowjetunion drohte diese Überlast den wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeizuführen. Gorbatschow hat daher seit 1985 mit der Tradition der sowjetischen Weltpolitik gebrochen, die vorgeschobenen Positionen liquidiert, die

1 Paul Kennedy, The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000, New York 1987, S. 514 ff.

Demokratisierung des Systems und die Reform der Wirtschaft eingeleitet. Auf Jahre hin wird die Sowjetunion damit beschäftigt sein, die Folgen dieser radikalen Wende zu bearbeiten. Sie zeigen sich auch im Warschauer Pakt: Polen und Ungarn haben jedenfalls tendenziell das Mehrparteiensystem eingeführt und damit das Machtmonopol des Kommunismus gebrochen. Ungarn und die Tschechoslowakei haben 1988 bilaterale Vereinbarungen mit der EG abgeschlossen. Die Handlungsfreiheit der osteuropäischen Staaten wird sich vermehren, je stärker die im Russischen Reich zusammengeschlossenen Völkerschaften wie die Balten und die Armenier ihre Autonomie zurückfordern und auch erhalten.

China war auf dem Weg in eine interessante Verbindung von kapitalistischer Wirtschaft und kommunistischer Herrschaft, bevor es in den aus diesem Widerspruch resultierenden Unruhen versank.

Der amerikanischen Supermacht geht es sehr viel besser. Ihre Wirtschaft funktioniert, ihre Allianz ist nach wie vor stabil. Aber auch die USA haben offenbar ihre Leistungsgrenze überschritten. Sie können sich das ihnen von Ronald Reagan verordnete Rüstungswachstum nicht mehr leisten, ohne an wirtschaftlichem Wohlstand einzubüßen. Präsident Bush hat zwar gesagt, daß er weder die Steuern erhöhen, noch an der Rüstung kürzen will; eines dieser Versprechen muß er brechen. Das kontinuierlich anhaltende Haushalts-, Handels- und Leistungsbilanzdefizit macht die Führungsmacht USA abhängig von gutem Willen ihrer kleineren Allianz- und Handelspartner. Sie zahlen, aber sie fordern dafür mehr Mitsprache. Die „Lastenteilung“ muß die „Machtteilung“ nach sich ziehen. Die USA hatten schon im Vietnamkrieg gemerkt, daß sie die selbst verordnete Rolle des Weltpolizisten nicht auszufüllen vermochten. Die Nixon-Doktrin von 1969/1972 war die Folge: der Versuch, eine „billigere Ausgabe“ von Weltführung zu verwirklichen.[2]

Weltwirtschaft und Weltführung

Anfang der achtziger Jahre, als das Handelsbilanzdefizit sich endgültig einstellte und Reagans Rüstung den Haushalt ruinierte, war es auch damit vorbei. Glanz und Gloria der amerikanischen Weltführungsposition sind stark verblaßt. Zwar sind die USA nach wie vor die stärkste Macht der Welt, wirtschaftlich wie militärisch, und man sollte ihre Regenerationsfähigkeit nicht unterschätzen. Aber sie werden schon deswegen nicht mehr in der Lage sein, die Weltführungspolitik der ersten dreißig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg fortzusetzen, weil sich auch diese Welt geändert hat. Aus den einst hilfsbedürftigen Europäern und Japanern sind starke Alliierte und wirtschaftliche Konkurrenten geworden. Die Europäische Gemeinschaft wird 1992 mit der Vollendung des Binnenmarktes einen Wirtschaftsraum bilden, der größer ist als der der USA und ihm wirtschaftlich mindestens ebenbürtig. Japan ist seit dem Beginn der achtziger Jahre zur ersten Kapitalmacht der Welt herangereift. Sechs der zehn größten Banken der Welt stehen in Japan; japanisches Kapital

2 David P. Calleo, The Imperious Economy, Cambridge (Mass.) 1982, S. 119.

füllt das amerikanische Haushaltsdefizit, japanische Investitionen haben zumindest in Asien die der USA weit überrundet.[3] Auf dem Sachgebiet der Wirtschaft ist damit eine Dreiecksbeziehung zwischen den USA, der EG und Japan entstanden, in der es den USA gar nicht leicht fällt, sich zu behaupten. Waren sie einst das Land, das die meisten Direktinvestitionen im Ausland vornahm, so sind sie jetzt zum Empfängerland ausländischer Investitionen geworden, die in erster Linie aus der EG stammen.

Die Weltwirtschaft ist zu einem großen Teil in private Hände übergegangen, nämlich in die der Transnationalen Korporationen. Sie bestreiten mindestens ein Drittel der Weltproduktion und fast den gesamten Welthandel.[4] Die Währungsreserven der westlichen Welt befinden sich zu mehr als neunzig Prozent in den Händen Transnationaler Unternehmen und Banken. Wirtschaftliche Interdependenz aufgrund zunehmender Verflechtung von Produktion und Handel kennzeichnen die Welt der Gegenwart und der Zukunft, sie verbindet die Wirtschaften der Staaten untereinander, ohne daß die Regierungen diesen Prozeß kontrollieren oder steuern könnten.

Diese Interdependenz unterläuft die politische Abgrenzung der Staaten untereinander, an der die Staatsmänner ebenso verbissen wie veraltet festhalten. Sie glauben noch immer, daß die Welt eine Staatenwelt ist, deren Rangordnungen nach dem Gewicht militärischer Macht festgelegt werden. Dabei hatten die USA in Vietnam dasselbe Pensum gelernt wie die Sowjetunion in Afghanistan: Militärische Macht ist unter den gegenwärtigen Bedingungen obsolet geworden, weil - und wenn - ihr nicht mehr die Armeen eines Monarchen oder Diktators gegenüber stehen, sondern die auf Freiheit und Entwicklung gerichteten Interessen der Menschen. Für deren Befriedigung ist das Vermögen, Wohlstand (eben auch als Voraussetzung politischer Freiheit) zu produzieren, sehr viel wichtiger als die Demonstration militärischer Macht. Diese Einsicht treibt wahrscheinlich Gorbatschows Reformen voran; er hat den Konflikt mit dem Westen ja nicht aufgegeben, sondern stellt sich offenbar auf die veränderten Spielregeln ein.

Macht, Menschenrechte und Demokratie

Sie zu überprüfen, hatten die USA nicht nur in Vietnam, sondern später auch im Iran und in Nicaragua Gelegenheit. In beiden Fällen gelang es einer bis an die Zähne bewaffneten Supermacht nicht, in diesen kleinen Staaten ihren Willen durchzudrücken. Noch Anfang dieses Jahrhunderts hätte in solchen Fällen die Kanonenbootdiplomatie ausgereicht, verlieh sie doch automatisch den Status der Großmacht. Am Ausgang des Jahrhunderts ist die militärische Gewalt entmachtet und nicht etwa hinfällig geworden. Sie bleibt unentbehrlich als Rückversicherung gegen einen nicht auszuschließenden Angriff

3 Ulrich Menzel, Von der industriellen zur finanziellen Supermacht, in: ders. (Hg.), Im Schatten des Siegers: Japan, Band 3, Frankfurt 1989, S. 97 ff.

4 United Nations Centre on Transnational Corporations, Transnational Corporations in World Development. Trends and Prospects, New York 1988.

gegen die Sicherheit. Diese Gewalt ist aber nicht mehr das wichtigste Instrumentarium der Macht. Diese Macht ist aus der interdependenten Welt nicht verschwunden, Macht ist und bleibt das Medium der Politik. Aber so, wie sie sich in der Innenpolitik der Staaten jeglichen Gewaltinstrumentes bereits entledigt hat, kann sie im internationalen System nur noch im Notfall darauf zurückgreifen, eben wenn es um die Verteidigung geht. Einfluß und Führung in einer interdependent gewordenen Welt können sich nicht mehr auf den Säbel, sondern müssen sich auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, politisches Innovationsvermögen und gesellschaftliche Vorbildfunktionen stützen.

Die Welt ist auch politisch interdependent geworden. Das Interesse der Menschen an der Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte, an den Grundprinzipien der Demokratie, hat sich weltweit ausgebreitet. Damit ist in die vertikale Struktur der Staatenwelt eine weitere Horizontale eingezogen worden: das gemeinsame Interesse der Völker an Menschenrechten und Demokratie. Präsident Bush hat zu Recht bei seiner Rede in Mainz am 31. Mai 1989 festgestellt, daß dieses Interesse „wie ein Feuersturm" über die Welt braust.[5] Aber wird er daraus Konsequenzen ziehen für eine grundlegende Reform der amerikanischen Weltführungspolitik?

Selbst innerhalb des Modells der Staatenwelt kann man von einer gewissen Demokratisierung sprechen. Infolge der Entkolonialisierung und der Entwicklung sind neue Staaten entstanden, auch neue Großmächte wie Indien und China, Mittelmächte wie Pakistan und Mexiko, wirtschaftliche Großmächte wie Saudi-Arabien, die politische Zwerge sind. Die Staatenwelt hat sich rapide bevölkert mit neuen Machtzentren, mit regionalen Ausprägungen und Vormächten. Diese Polyarchisierung der Welt[6] hat deren Multipolarisierung zur Folge: Konflikte entstehen, die mit dem Ost-West-Konflikt nichts mehr zu tun haben, sondern regionalen Konfliktursachen entstammen. Der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak bildete den ersten größeren Fall dieser Art. Kleinere, etwa zwischen Ägypten und dem Sudan, zwischen Angola und Zaire, zwischen Vietnam und Kamputschea gab es schon seit langem. Diese polyarchische Staatenwelt hört auch nicht auf die Stimme der Supermächte. Selbst die kleinen Staaten, wie man sie im Süd-Pazifik findet, wollen gebeten und umworben, nicht aufgefordert und gar beordert werden.

Der Rückzug der militärischen Gewalt

In dieser interdependenten Welt stammt die Macht nicht mehr aus den Gewehrläufen, sondern aus dem Management von Interdependenz. Diese These muß sogleich eingeschränkt werden. Die Gewehrläufe werden so schnell nicht verschwinden, vor allem nicht, wie der Fall China zeigt, bei innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Sie haben sowieso, wie die Statistik zeigt, den größten Anteil am Gewaltaufkommen der Nachkriegszeit nachzu-

5 Zitiert nach der Pressemitteilung vom 31 Mai 1989.
6 Zu den Folgen von Polyarchisierung und Multipolarisierung vgl. Dieter Senghaas, Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt 1988.

weisen.[7] Auch Kriege wird es weiterhin geben, wenn auch in abnehmendem Umfang und vornehmlich in der Dritten Welt. Auch dort aber wird die Tendenz abnehmen, weil unter den gegenwärtigen waffentechnologischen und industrietechnologischen Bedingungen die Staaten ihre beiden Hauptaufgaben, die Gewährleistung von Sicherheit und von wirtschaftlichem Wohlstand, nicht mehr aus sich selbst heraus erbringen können. Sicherheit ist, wie vor allem die Beteiligten am Ost-West-Konflikt festgestellt haben, nur noch gemeinsam, genauer: wechselseitig zu haben. Der wirtschaftliche Wohlstand ist auf den Austausch angewiesen. Auf beiden Sachgebieten müssen die Staaten also kooperieren, wollen sie florieren. Das „hobbesianische" Weltbild, in dem jeder Staat des anderen Feind war, trifft nicht mehr zu. Vielmehr sind die Staaten längst in Kooperationszusammenhänge eingebunden worden, für die sich der Begriff des „Regime" eingebürgert hat.[8] Die KSZE, die im Januar dieses Jahres ein weiteres wichtiges Dokument der Zusammenarbeit verabschiedet hat, ist ein solches Regime, ebenso die Zusammenarbeit zur Reinhaltung der Ostsee oder, im UN-Rahmen, die Konvention über den Umweltschutz. Muß man also darauf gefaßt sein, daß militärische Gewalt immer wieder angewendet werden kann, so muß man sich darauf einstellen, daß sie funktional untauglich geworden ist.

Dieser Rückzug der militärischen Gewalt darf nicht - das wäre das zweite Mißverständnis - mit dem Ende der Konflikte verwechselt werden. Im Gegenteil, je näher die Welt zusammenrückt, je mehr wechselseitige Abhängigkeiten entstehen, desto stärker nimmt die Zahl der Konflikte zu. Entscheidend ist, daß sie ohne die Anwendung militärischer Gewalt ausgetragen werden. Die wichtigste Voraussetzung des Friedens wäre damit erfüllt. Er besteht dann, wenn auf Dauer gesichert ist, daß alle Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden.[9] Dann wird es zwar noch immer Gewinner und Verlierer, aber eben keine Toten mehr geben. Damit kann die interdependente Welt zufrieden sein. Auch in ihr wird der Mächtige herrschen, wird es Supermächte, Großmächte und Kleinstaaten, wird es mächtige und schwache gesellschaftliche Gruppen geben, Reiche und Arme. Mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln läßt sich sehr viel Ungerechtigkeit stiften; dementsprechend hart werden die Konflikte der Zukunft ausfallen. Man muß zufrieden sein, daß sie - wenn sie - ohne militärische Gewaltanwendung ausgetragen werden.

Die Zukunft der Supermächte

Welche Supermächte wird es in dieser Zukunft geben, in der sich die Macht nicht mehr nach dem Ausmaß von Rüstung, sondern nach der Fähigkeit bemißt, die komplexe Interdependenz zu managen? Die Frage muß nach den

7 Klaus Jürgen Gantzel, Tolstoi statt Clausewitz? Überlegungen zum Verhältnis von Staat und Krieg seit 1816 mittels statistischer Beobachtung, in Reiner Stemweg (Red), Kriegsursachen Friedensanalysen Band 21, Frankfurt 1987, S. 25 ff.8 Zum Regime Begriff vgl. Beate Kohler-Koch (Hg), Regime m den internationalen Beziehungen, Opladen I E ,
Stephen Krasner (Ed), International Regimes, London 1983

9 Zum Friedensbegriff vgl. Ernst Otto Czempiel, Fnedensstrategien S\stemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft, Pader born 1986, S 27 ff

drei Sachbereichen der Politik: Sicherheit, Wirtschaft, Wohlstand getrennt beantwortet werden. Im Sachbereich Wirtschaft wird Japan die Supermacht Nummer 1 bleiben und mit seiner ökonomischen Überlegenheit seine politischen Interessen in Asien ebenso befördern wie die Gewährleistung seiner Sicherheit durch die Zusammenarbeit mit den USA. Den zweiten wirtschaftlichen Rang wird die EG einnehmen, wenn sie den Binnenmarkt 1992 verwirklicht und ihre Wirtschafts- und Währungspolitik integriert. Sie hat schon in den vergangenen Jahren bewiesen, wie gescheit sie ihr wirtschaftliches Potential sowohl gegenüber den Vereinigten Staaten im Tausch gegen Sicherheit, wie gegenüber der Sowjetunion im Tausch gegen Aggressionsverzicht einsetzen kann. Mit ihrem wirtschaftlichen Schwergewicht steuert sie auch ihre Beziehungen zur Dritten Welt. Die USA hingegen müssen vorläufig erst an dritter Stelle genannt werden, weil die Administration Reagan sie im Sinn des Wortes „heruntergewirtschaftet" hat. Das kann-und wird-sich ändern, aber erst dann, wenn die USA ihre - eigentlich systemwidrige - Konzentration auf die Rüstung als internationales Steuerungsinstrument aufgeben und sich darauf besinnen, daß das sehr viel bessere - und systemkompatible - Instrument das der Wirtschaft ist.

Die Sowjetunion, China und die sozialistischen Länder Osteuropas müssen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der die Fähigkeit zum Management von Interdependenz wesentlich entstammt, erst erwerben. Die Sowjetunion hat unter Gorbatschow wenigstens den richtigen Entschluß gefaßt, den langen Marsch zum Erwerb dieser Fähigkeit anzutreten, wohingegen China, das auf diesem Weg 10 Jahre voraus war, ihn in einem Blutbad enden ließ.

Auf dem Sachgebiet der Sicherheit werden die beiden Supermächte für ihre Verbündeten auf absehbare Zeit entscheidende Leistungen erbringen. Sie garantieren im Endeffekt die Stabilität und den Gewaltverzicht im Europa des Ost-West-Konfliktes. Die Bedeutung dieser Leistung bildet sich zurück, je weiter Abrüstung und Entspannung voranschreiten; dementsprechend vergrößert sich die Handlungsfreiheit Ost- und Westeuropas. Während die osteuropäischen Staaten zu keinem Zeitpunkt in der Lage sein werden, ihre Sicherheit selbst zu gewährleisten, könnte Westeuropa sich eine solche Fähigkeit zulegen. Stattet es sie auch noch mit strategischen Nuklearwaffen aus, so würde hier eine dritte Supermacht entstehen - kraftstrotzend, aber anachronistisch. In der interdependenten Welt kann Westeuropa seine Sicherheit sehr viel besser dadurch gewährleisten, daß es seinen Zusammenhalt festigt, die Kooperation mit den Vereinigten Staaten auf eine Basis umfassender Gleichberechtigung stellt und mit Hilfe dieser beiden politischen Konstruktionen die Voraussetzung dafür schafft, daß die Abrüstung in Europa geradezu drastische Formen annehmen kann. Sicherheit läßt sich im Endeffekt nur politisch herstellen, und das Management von Interdependenz bietet die geeigneten Voraussetzungen dazu.[10]

10 Die Diskussion um eine Neuordnung Europas, die die Integration Westeuropas fordert, die deutsche Frage lost, den osteuropaischen Staaten einen von ihnen zu bestimmenden Ort zuweist und somit den Konflikt zwischen Ost und West eindeutig politisiert, kommt in der Bundesrepublik offenbar nur sehr schwer in Gang.

In den Ländern der Dritten Welt wird Sicherheit auf absehbare Zeit durch Bereitstellung militärischer Gewaltmittel allein gewährleistet werden können, weil der Grad der Interdependenz noch nicht so weit entwickelt ist.

Wie sieht es auf dem Sachgebiet Herrschaft aus, in jenem Bereich also, in dem über die politischen Rechte und Freiheiten der Bürger, ihre Mitbeteiligung an der Regierung entschieden wird? Auch hier befindet sich der Westen ganz entschieden im Vorteil, weil die Menschen- und Bürgerrechte zum größten Teil schon verwirklicht sind. Der Grad der Mitbestimmung könnte — und müßte - angehoben werden, aber ein zureichendes Niveau ist bereits erreicht worden. Der Konsens in den OECD-Ländern ist hoch; er braucht nicht künstlich, etwa durch eine außenpolitische Krisenpolitik, gezüchtet zu werden.

Allerdings ist er auch durch die Gewöhnung an den ständigen Hinweis auf die Bedrohung aus dem Osten etwas degeneriert. Anstatt, wie es gerade in den Vereinigten Staaten in den ersten Nachkriegsjahren der Fall war, sich im Verhältnis zur Welt ausschließlich auf die politische und wirtschaftliche Attraktivität der westlichen Demokratie zu stützen, hat sich dieser Konsens über die langen Jahre der Militarisierung des Konfliktverständnisses daran gewöhnt, sich nur noch als anti-kommunistisch zu verstehen. Wird mit dieser Tradition, in der sich auch viele westliche Politiker eingerichtet haben, gebrochen, so wird der Blick wieder frei für den großen Beitrag, den das politische Konzept von Menschenrechten, Freiheit und politischer Mitbestimmung für die Entwicklung der Welt haben kann. Natürlich geht es nicht darum, diese politische Kultur des Westens der Dritten Welt überzustülpen, es ist auch nicht daran gedacht, wie es einst der amerikanische Präsident Wilson vorhatte, „to make the world safe for democracy“. Die westlichen Länder können nur dadurch auf die Dritte Welt - und auf die Zweite Welt der sozialistischen Industriestaaten - einwirken, daß sie bei sich zu Hause Freiheit und Mitbestimmung optimal verwirklichen. In der interdependenten Welt wirken solche Leistungen automatisch als Vorbild, das zwar sozial-kulturell adaptiert werden muß, aber nicht prinzipiell unterschritten werden darf.

Auf diesem Sachgebiet der Herrschaft haben die Japaner wenig, die westlichen Industriestaaten sehr viel anzubieten. Freilich haben sie sich selbst um die Vorteile dieser Leistung gebracht, weil sie die Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion mehr und mehr auf den militärischen Sektor der Sicherheit verlagerten und dabei den der Herrschaft vernachlässigten. Es kann offen bleiben, ob sie dazu von der Sowjetunion (die nur auf diesem Sektor leistungsfähig ist) verlockt oder von der Bequemlichkeit der politischen Elite und den Interessen der Rüstungswirtschaft verführt wurden. Jedenfalls haben sie es zugelassen, daß ihr Konfliktverständnis in ganz starkem Maße militarisiert und damit entpolitisiert wurde. Darunter litt vor allem das Verhältnis des Westens zur Dritten Welt, der es weniger um militärische Sicherheit, als vielmehr um wirtschaftliche Wohlfahrt und herrschaftliche Entwicklung geht. Ronald Reagan hat stattdessen in den vergangenen acht Jahren in der nach

ihm benannten Doktrin den Akzent ausschließlich auf die militärisch verstandene Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und dem Kommunismus gerückt, dabei die wirtschaftlichen Aufbauinteressen der Entwicklungsländer kaum, und das Interesse an der Errichtung angemessen demokratischer Herrschaftssysteme überhaupt nicht berücksichtigt. Das Interesse an der militärischen Sicherheit gegenüber der Sowjetunion dominierte gerade in den Augen der Reagan-Administration ihr Verhältnis zur Dritten Welt fast ausschließlich. Die Europäer gingen hier etwas differenzierter vor, waren aber in der Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Austauschbeziehungen mit der Dritten Welt keineswegs großzügiger als die USA. An den Schutzmauern der EG zerschellen die Exporthoffnungen der Dritten Welt.

Diese Schwäche des Westens versucht der sowjetische Partei- und Staatschef Gorbatschow offensichtlich auszunutzen. Aus der Notwendigkeit, die Rüstungslasten zu vermindern und die politischen Voraussetzungen für die Entwicklung einer Hochtechnologie-Wirtschaft erst zu schaffen, leitete er außenpolitische Strategien ab, die ihm die Aufmerksamkeit und das Interesse vor allem der Dritten Welt eingetragen haben. Das gilt für den Vorschlag eines asiatischen Sicherheitssystems, es gilt auch für seine Idee, die USA und die Sowjetunion sollten gleichzeitig ihre Basen auf den Philippinen und in Süd-Vietnam aufgeben. Diese Strategie zielt auf das Interesse der Menschen in der Dritten Welt an Abrüstung und Frieden, nutzt die Militärlastigkeit besonders der amerikanischen Politik im asiatischen Raum aus und versucht auf diese Weise, die Leistungsschwäche der Sowjetunion auf den Gebieten Wirtschaft und Herrschaft zu verdecken. Das wird auf Dauer nicht gelingen, zeigt aber, wie sich auch die Sowjetunion bemüht, Interdependenz zu managen.

Die Kunst der Weltführung

Das erfordert eine hohe Kunst. Gerade weil die Welt von heute so unübersichtlich, die Interdependenz so komplex geworden ist, läßt sie sich nicht mehr führen, und schon gar nicht eindimensional, sei es durch militärische oder wirtschaftliche Mittel. Sie läßt sich beeinflussen und bedarf auch, etwa auf dem Gebiet der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, der Beeinflussung und der Steuerung. Wenn sich Ost und West zu weiterer Abrüstung entschließen, muß verhindert werden, daß der Prozeß von Dritten gestört wird. Auch gilt es durchaus, Führung an den Tag zu legen, um der Welt zu Frieden, Entwicklung und Wohlstand zu verhelfen. Eine solche Führung aber muß durch Vorbild und Anreize wirken, nicht durch den traditionellen hegemonialen Druck. Es gilt, der Welt Lösungen für die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der Demokratisierung anzubieten und deren Verwirklichimg zu erleichtern. Dazu muß der Ost-West-Konflikt entmilitarisiert und repolitisiert werden, muß die Supermacht USA ihren eigenen Haushalt in Ordnung bringen, es dem sowjetischen Gegner ermöglichen, sich von einer unterentwickelten Diktatur zu einem entfalteten Industriestaat zu entwickeln und damit auch eine andere, gewaltfreie Interpretation des Ost-West-Konfliktes

hervorzubringen. Amerika müßte der Dritten Welt Modelle zur Entwicklung und die Hilfe zu deren Umsetzung anbieten.

Natürlich richten sich diese Forderungen nicht allein an die Adresse der Vereinigten Staaten, sondern im gleichen Umfang an die der Europäischen Gemeinschaft, letztlich auch an die Adresse Japans. Ihnen wird auf absehbare Zeit die Rolle der Führungsmächte zufallen, deswegen tragen sie besondere Verantwortung. Sie müssen lernen, mit der komplexen Interdependenz umzugehen, müssen Steuerungsmechanismen ersinnen, die absolut gewaltfrei, aber auch optimal in dem Sinne sind, daß sie die Interessen der Menschen an wirtschaftlicher Entwicklung und politischer Demokratie erfüllen. Das wird in einer Welt, die noch immer zum großen Teil eine Staatenwelt ist, nicht leicht fallen, weil ihr die Interessen der Regierenden entgegenstehen. Um so mehr ist ein Begriff von Führung herausgefordert, der die Möglichkeiten der komplexen Interdependenz so auszunutzen und so einzusetzen versteht, daß das gewünschte Ergebnis, nämlich der Friede, der wirtschaftliche Fortschritt und die politische Freiheit davon profitieren.